

Karl-Heinz Uhlig (Institut für Politische Ökonomie) zur Krise der Bonner Staatsfinanzen:

Widersprüchlichkeit sucht ihresgleichen - Globalstrategie verhindert echte Lösung

Situationen des Bonner Finanzsystems, deren äußeren Ausdruck in den Schwierigkeiten bei der Abdeckung des Bundeshaushalts für 1967 findet, hat sich in den letzten Jahren zu einer permanenten Krisensituation entwickelt. Davon ist das staatsmonopolistische System besessen, dessen innere Labilität trotz der Bemühungen zu einer neuen Etappe der Wirtschaftsverwaltung sichtbar wird.

Der Artikel des großbürgerlichen Düsseldorf "Handelsblatt" vom 16./17. Juni 1967, das im übrigen getreu seiner monarchischen Linie für die Einbeziehung des Staatssektors bei den für notwendig gehaltenen Ausgabenstreichungen plädiert, ist die "mittelfristige Finanzplanung" für 1971 - hier handelt es sich um eine "Vorbereitung für die hektischen Bemühungen um eine längerfristige Verbesserung der Finanzlage auf Kosten der Werkstätten" - eine Farce wäre, kann man dazu lesen.

Es ist wohl nicht die rechte Zeit, Leistungen unseres staatlichen Finanzsystems mit nationaler Phrasologie lösen zu wollen. Nur Nüchternheit, Sachlichkeit und selbstkritische Einstellung sind angesichts einer Lage herauszuföhren, die sowohl innenpolitisch, aber auch außenpolitisch manövrierunfähig ist. Gemeint ist hier die finanzielle Lage des Bundes. Und doch gab es in den letzten Tagen so etwas wie eine "Realität", in der wir mit einer Realität konfrontiert wurden, die uns das Gruseln

verbirgt sich hinter dieser pessimistischen Analyse der derzeitigen Situation, die rein oberflächlich durch ein "aktives Programm von Einnahmemaßnahmen und Ausgabenkürzungen von 2,5 Milliarden DM zur Annäherung der Deckungslücke des Haushalts für 1967 sowie durch die gewis nicht zu unterschätzende Prognose des Bonner Finanzministeriums charakterisiert wird, daß die Deckungslücken von 12,0 Mrd. DM im Jahre 1968 auf 12,0 Mrd. DM im Jahre 1970 steigen werden?

Der tiefste Widerspruch, der die schwachende Finanzkraft des westdeutschen Staates zur Abdeckung der Kosten für Rüstung, außenpolitische Expeditionen, Neokolonialismus und Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruches des westdeutschen Kapitalismus der amerikanischen Global-

strategie einerseits und zur Bewältigung der wissenschaftlich-technischen "Revolution" andererseits mit den Möglichkeiten der westdeutschen Wirtschaft sowie der Steuerkraft des werktätigen Volkes nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen ist.

POLITISCHE PRIORITÄTEN FUHRTEN IN DIE SACKGASSE ...

Im Zeitraum von 1950 bis 1966 hat die Bonner Politik der Expansion und Revanche, wie Berechnungen des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin nachweisen, rund 270 Mrd. DM gekostet. In den letzten sechs Jahren wurden 49 Prozent aller Mittel des Bundeshaushalts für die genannten Zwecke verausgabt, wobei die Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staat, als gleichzeitiger Ausdruck der Vertiefung und Verbreiterung autoritärer staatlicher Eingriffe in den Reproduktionsprozeß, immer gewaltigere Dimensionen annimmt.

Wenn sich allein 1967 die Ausgaben der sogenannten "Verteidigungshaushalts" im engeren Sinne, also die Ausgaben für die Bundeswehr, bei einem Volumen des Gesamthaushalts von 77 Mrd. DM auf 19,4 Mrd. betragen, wobei sie gegenüber dem Vorjahr wieder eine wesentliche Steigerungsrate aufweisen, so ist dies offenbar Ausdruck dafür, daß die politischen Prioritäten das Übergewicht gegenüber der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft auch zu einem Zeitpunkt haben, in dem sich Westdeutschland in einer wirtschaftlichen Krisensituation befindet.

Da zwischen den Staatseinnahmen und dem Wirtschaftswachstum ein gewisser Automatismus besteht und das vorausgerechnete Einnahmenniveau angesichts der seit Herbst 1966 anhaltenden "Konjunkturfaute" und des starken Rückgangs des Wirtschaftswachstums nicht erzielt werden konnte, wäre eine drastische Beschneidung der Rüstungsausgaben und eine sinnvolle Einsparung bei den Ausgaben zur Stabilisierung der Monopolprofite, bei gleichzeitiger Verbesserung der Einnahmenseite durch Erhöhung der Profitsteuern zum Ausgleich des Haushalts - und mithin zur Abmilderung der Finanzkrise - notwendig gewesen. Weil aber dem Bonner Staat neben seiner Funktion der Durchsetzung des politischen Programms der Monopole die Aufgabe zufällt, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zum Teil unab-

hängig vom Konkurrenzmechanismus zu gewährleisten und zu verbessern, reagiert das Kiesinger-Kabinett, assistiert von den in die Regierung hineingekommenen sozialdemokratischen Erfüllungsgeliebten, mit Maßnahmen, die in ihrer Widersprüchlichkeit ihresgleichen suchen.

... UND VERSPERREN DEN RUCKWEG

Durch ein Finanzplanungsgesetz und durch ein Steueränderungsgesetz werden einerseits sowohl Mehreinnahmen zu Lasten der Bevölkerung von über 3 Mrd. DM erzielt als auch, wie in den Kabinettsbeschlüssen vom 19. Januar dieses Jahres festgelegt ist, Kürzungen bei den Ausgaben, besonders bei den Sozialausgaben, in Angriff genommen. Dieses Programm wirkt jedoch tendenziell dergestalt auf den Wirtschaftsverlauf, daß das wirtschaftliche Wachstum indirekt gehemmt, oder anders ausgedrückt, die krisenverschärfenden Momente gefördert werden. Infolge des engen Wechselverhältnisses zwischen Wirtschaftswachstum und Haushaltseinnahmen muß sich somit in den Folgejahren die Haushaltsituation verschlechtern. Im gleichen Atemzuge werden andererseits für den Haushalt Maßnahmen zur Ankerberuhung der Wirtschaft eingeleitet, wie z. B. in Gestalt der beiden sogenannten "Investitionshaushalte" und der Gewährung von Sonderabschreibungen für bewegliche und unbewegliche Wirtschaftsgüter, wodurch entweder Mehrausgaben oder Mindereinnahmen entstehen.

Infolge der weiteren Zuspitzung der Finanzkrise hat die Bundesregierung in den ersten Julitagen erneut Beschlüsse zur Verbesserung der Einnahmenseite und zur Reduzierung der Ausgaben getroffen, wobei allein 5,3 Mrd. DM durch einschneidende Kürzungen der Sozialleistungen und der Subventionen "eingespart" und die Einnahmen durch zusätzliche Belastungen der westdeutschen Bevölkerung in Form von Steuererhöhungen um 1,52 Mrd. DM "verbessert" werden sollen. Dieses Sanierungsprogramm für den Haushalt des nächsten Jahres und auch weiterer Jahre in Gestalt eines Raubzuges auf die Taschen der Werktätigen, das von einer weiteren Verschuldung des Staates infolge der Notwendigkeit zu weiteren Kreditaufnahmen begleitet ist, sieht vielfältige Einzelmaßnahmen vor, u. a. eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung, Beschrän-

kung der Zahlungen an Kindergeld, Kürzung der Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld, Verminderung von Subventionen für die Landwirtschaft, für kleine Gewerbetreibende, den Wohnungsbau sowie den Verkehr.

Die vorgesehene stufenweise Erhöhung der Umsatzsteuer, die ab 1. 1. 1968 als sogenannte "Mehrwertsteuer" erhoben wird, von 10 Prozent über 10,5 Prozent im Jahre 1968 auf 11 Prozent im Jahre 1969 wird in den nächsten zwei Jahren allein Mehreinnahmen von 2,8 Mrd. DM erbringen, die infolge der Abwälzbarkeit dieser Steuerart auf den Preis ebenso von den Werktätigen bezahlt werden müssen, wie die vorgesehene Mehrbelastungen bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer.

Da aber sowohl Steuererhöhungen als auch abgebaute Steuererleichterungen, wie das "Handelsblatt" vom 23./24. 6. 1967 bestätigen muß, eine konjunkturelle Wirkung haben, und die "konjunkturelle Talsohle" bisher noch nicht erreicht ist, wird an diesen Schritten das Unvermögen des Bonner Staates deutlich, der erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in absehbarer Zeit Herr zu werden, ohne der Bevölkerung alle Lasten der verfehlten Politik aufzubinden.

Entsprechend der von den bürgerlichen Ökonomen entwickelten Theorie einer "aktiven Fiskalpolitik" zur Abmilderung des zyklischen Verlaufs des Reproduktionsprozesses, der für die Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushalts eine dem jeweiligen privaten Einnahmen- und Ausgabenzyklus entgegengesetzte Aktivität vorsieht, müßte angesichts der umfassenden Krisenerscheinungen in Westdeutschland der Fiskus auf Einnahmen verzichten und wirksame Ausgabenprogramme zur Stimulierung der Nachfrage und der gesamten Wirtschaftstätigkeit einleiten. Das sogenannte "Stabilisierungsgesetz", das nach den Worten von Wirtschaftsminister Schiller entsprechend der jeweiligen Finanzlage die öffentlichen Ausgaben oder Einnahmen kurzfristig und antizyklisch erhöhen oder vermindern soll und dessen "wesentlicher Anwendungsbereich ... die Einführung moderner Fiskalpolitik" ist (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 66 vom 23. Juni 1967), konnte dieser Zielstellung allerdings bisher nicht voll gerecht werden.

FINANZKRISE IST KRISE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN SYSTEMS UBERHAUPT

Dieses gesetzeskräftige wirtschaftspolitische Ermächtigungsgesetz, das u. a. bei einem Schrumpfen der Nachfrage die Möglichkeit zusätzlicher Kreditaufnahmen bis zur Höhe von 5 Mrd. DM, die Bildung einer sogenannten "Konjunkturausgleichsrücklage" sowie die Verringerung der Einkommens- und Lohnsteuer um 10 Prozent nach oben und unten vorsieht, ist, ebenso wie die neueste "Finanzreform" zur stärkeren Unterordnung der Länder- und Gemeindehaushalte unter den Bundeshaushalt, Ausdruck einer neuen Qualität der staatsmonopolistischen Regulierung. Diese neue Qualität besteht ganz offensichtlich in der Verfeinerung des Ausbaus und dem komplexen Einsatz von Regulierungsinstrumenten und -programmen im Sinne einer sogenannten "marktwirtschaftlichen Globalsteuerung".

Solange jedoch die Bonner Außen- und Innenpolitik immer stärker auf die Globalstrategie der USA orientiert wird, werden diese Instrumente der Steuerung wirtschaftlicher Prozesse nur bedingt und einseitig wirksam. Deshalb kann die Bonner Finanzkrise, die als Ausdruck der Krise des staatsmonopolistischen Systems überhaupt zu bewerten ist, auf diesem Wege und mit dem Programm der Kiesinger-Strauß-Regierung kaum überwunden werden. Es ist vielmehr eine neue Politik notwendig, die den Interessen des gesamten Volkes entspricht. Nur durch Beendigung der Rüstungs- und Expansionspolitik können finanzielle Mittel freigegeben werden, um die Finanzkrise zu überwinden. Mit Manövern wie der vorgesehene zeitweisen Verlangsamung des Anstiegs der Rüstungsausgaben um lediglich 2 Mrd. DM ist es jedoch nicht getan. Es liegt das Angebot des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR vor, die militärischen Ausgaben in beiden deutschen Staaten um je 50 Prozent zu kürzen. Die freiwerdenden Mittel würden die westdeutschen Haushaltsdefizite beseitigen helfen. Verbunden mit einer stärkeren Besteuerung der Millionärvermögen und Maßnahmen zur Beschneidung der Monopolprofite könnte die chronische Finanzkrise durchaus überwunden werden.

Westdeutsches Hochschulwesen Kümmerling unter Stiefel des Finanzministers

Finanzministerium finanziert Datenverarbeitung Bundeswehr

Dem Haushalt des westdeutschen Finanzministeriums werden finanzielle Mittel zur Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung in der Bundeswehr bereitgestellt. Als erste Rate stehen in diesem Jahr 27 Millionen Mark zur Verfügung, um u. a. ein militärisches Rechenzentrum und eine linguistische Bank für maschinelle Übersetzung der Atom- sowie der Weltraumforschung zu realisieren. Die Datenverarbeitung der Atom- sowie der Weltraumforschung ist ein rüstungsorientiertes Programm geworden. Deshalb wird, wie die "Frankfurter Rundschau" bei Vorlage des Haushaltsmittels, das "Forschungsprogramm im Datenverarbeitungsprogramm eng mit dem Verteidigungsministerium zusammenarbeiten".

Im Februar kein Stipendium

Nordrhein-Westfalen stellte im Februar keine regelmäßige Arbeit aufnehmen dürfen, um ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht zu verlieren, waren deshalb auf die Hilfe ihrer Kommilitonen angewiesen oder gezwungen, das Studium aufzugeben.

keine regelmäßige Arbeit aufnehmen dürfen, um ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht zu verlieren, waren deshalb auf die Hilfe ihrer Kommilitonen angewiesen oder gezwungen, das Studium aufzugeben.

Keine Planstellen für Lehrer

Obwohl in Baden-Württemberg zur Zeit 13.000 Lehrer fehlen, beschloß der Landtag, 900 Junglehrer nicht einzustellen, weil für sie keine Planstellen finanziert werden können.

Studenten müssen monatlich 57 DM mehr aufbringen

Unter der Überschrift "Mensa-Brot und Bildung" veröffentlichte die "Deutsche Volkszeitung" Düsseldorf Mitteilungen über die Notlage der westdeutschen Studenten. So ist jetzt das Mensabrot um 0,30 DM teurer, da die hessische SP-Regierung die Beihilfen pro Mahlzeit um 33 Prozent kürzen ließ.

Nach der Preiserhöhung der Bundesbahn, der Wohnheimmieten, der Krankenversicherung, nach Streichung des "Fennelgehaltes", Wegfall der Bücherverbilligung ...", heißt es im genannten Beitrag,

"muß die Maßnahme der hessischen Landesregierung als empfindlicher Schlag gegen die Jungakademiker gewertet werden. Berechnungen haben ergeben, daß der Student in Hessen unter diesen Umständen rund 57 Mark monatlich mehr aufzubringen hat. ... 7,7 Prozent der Studierenden finanzieren ihre Ausbildung schon 1964 durch Werkarbeit; weitere 15 Prozent müßten regelmäßig dazuverdienen."

Staatliche Mittel für westdeutsche Universitätskliniken gekürzt

"Wir brauchen für die ärztliche Versorgung der Bevölkerung dringend gute Ärzte", sagte der Vorsitzende der baden-württembergischen Ärztekammer, Präsident Dr. Deegenhard, in einer Pressekonferenz. Mediziner und Professoren berichteten über die Notlage der medizinischen Fakultäten und kritisierten die mangelhafte staatliche Unterstützung. Der Dekan der Medizinischen Fakultät Freiburg, Prof. Dr. Künzer, teilte mit, daß die angeforderten Mittel für Universitätskliniken in Höhe von 2,3 Millionen DM fast um die Hälfte gekürzt wurden. Im Klinikbereich fehlen 227 Planstellen.

Ein Ordinarius für 1100 Studenten

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln ist nicht in der Lage, ihren Studenten ein ordnungsgemäßes Studium zu ermöglichen. Das ist die Bilanz einer Untersuchung, die Studenten dieser Fakultät durchführten. Die Studienbedingungen sind katastrophal: Für 7000 Studenten gibt es 29 Lehrstühle, von denen nur 22 voll besetzt sind. Das Fach Volkswirtschaftslehre, das die Studenten aller Fachrichtungen studieren müssen, ist mit nur 6 Lehrstühlen besetzt. Jeder Ordinarius mußte demzufolge im Sommersemester durchschnittlich 1100 Studenten "betreuen".

Zuwenig Studienplätze für Mediziner

Mehr als zweitausend Studienbewerber für Medizin und Zahnmedizin in Westdeutschland erhielten einen ablehnenden Bescheid von den Universitäten und Hochschulen. Es hatten sich 4190 Bewerber für Medizin und 691 Bewerber für Zahnmedizin registrieren lassen, aber zur Verfügung standen nur 2212 beziehungsweise 463 Studienplätze.

140 DM Studiengebühren

Seit verganginem Semester müssen nichtausländische Studenten an der Universität des Saarlandes je Semester 140 DM Studiengebühren zahlen. Bislang bestand Gebührenerlaß für alle Studenten. Von der Gebührenerhebung werden etwa 3000 der 7000 Studierenden betroffen. Der Landeskasse fließen durch diese Maßnahme 420.000 DM je Semester zu.

Stipendienknappheit gerichtsnotorisch

Weil er bei der mit dem Stipendiumstrag verbundenen Eignungsprüfung in Fachern geprüft wurde, die er noch gar nicht gehört hatte, demzufolge durchfiel und kein Stipendium erhält, klagte ein Student gegen die Universität Frankfurt (Main). Das Gericht wies die Klage zurück. Es akzeptierte zwar das westdeutsche Prinzip der Studentenfreiheit, das dem Studenten selbst überläßt, welche Fächer er wann belegt, wies aber ausdrücklich darauf hin, daß Stipendium und Studienfreiheit nichts miteinander zu tun haben: Der Student wolle "etwas Zusätzliches, das Stipendium, erreichen" und "hätte sich für die Prüfung darauf einstellen müssen".

„Das vollendete Chaos“ Studenten für Reformen

Auch das Saarland erhöht jetzt Studiengebühren

Nordrhein-Westfalen stellt Zahlung von Stipendien an 130 Azubis mit Afrikaner ein

„Ordnungsgemäßes Wirtschaftstudium ist nicht mehr möglich“

Alarm aus Köln

Der akademische Tellerwäscher
in München rund 2700 Werkstudenten vermittelt

Für angehende Mediziner beginnt die „Zulassungslotterie“